

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Schwanengasse 2
3003 Bern

Brugg, 16. April 2015

Zuständig: Schmutz Martin
Dokument: 150330_Vernehmlassung_Teilrevision BBG

Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 15. Januar 2015 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Grundsätzliche Erwägungen

- Die Berufsbildung und die höhere Berufsbildung sind entscheidende Faktoren, um wirkungsvoll gegen den Fachkräftemangel vorzugehen und die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Schweizer Bauernverband (SBV) **begrüssst und unterstützt deshalb das Massnahmenpaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung als Ganzes und die Änderung des Berufsbildungsgesetzes im speziellen.**
- Die Zielsetzung des Bundesrats, den Absolvierenden der höheren Berufsbildung eine mit anderen Bildungswegen **vergleichbare finanzielle Unterstützung** zukommen zu lassen, **unterstützen wir vorbehaltlos.** Diese stärkere finanzielle Unterstützung ist wichtig und richtig. Leider unterlässt es der Bundesrat mit der „Kann“-Formulierung in Art. 56a des BBG und der „von-bis“-Formulierung bei den voraussichtlichen Mitteln ein unmissverständliches und starkes Zeichen für die Berufsbildung zu setzen. Um die höhere Berufsbildung entscheidend zu stärken, ist eine Zusatzfinanzierung der Vorkurse von jährlich 100 Millionen Franken zwingend vorzusehen. Nur so kann **die in der Bundesverfassung verankerte Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung** wirklich erreicht werden.
- Die **Subjektfinanzierung erachtet der SBV grundsätzlich als sinnvoll** und als wichtigen Schritt für einen fairen Wettbewerb. In der konkreten Ausgestaltung sind aber noch einige Fragen zu klären:
 - Es ist in der Umsetzung genau zu klären, wie sich die Kantone verhalten. Falls sich gewisse Kantone total aus der Finanzierung der höheren Berufsbildung im Berufsfeld Landwirtschaft verabschieden, könnte die widersinnige Situation entstehen, dass aufgrund des Systemwechsels die Kosten für den Kandidaten steigen. Dies wäre sicher nicht im Sinne des Erfinders.
 - Der Kostenwettbewerb darf die bewährte Zusammenarbeit unter den Anbietern im Berufsfeld Landwirtschaft (dies sind landwirtschaftliche Zentren der Kantone) nicht behindern.

- Die Ausgestaltung der „Vorfinanzierung“ muss noch detailliert geklärt werden, da dies nicht wie in anderen Branchen das Unternehmen machen kann.
 - Im Rahmen der Umsetzung müssen die „anrechenbaren Kursgebühren“ klarer definiert werden.
- **Besuch der vorbereitenden Kurse als Weiterbildung:** Im Berufsfeld Landwirtschaft werden die vorbereitenden Kurse oft auch als Weiterbildung genutzt, ohne einen Abschluss anzustreben. Im neuen System wären diese (Kurs-)Teilnehmenden krass benachteiligt. In Berufen, in welchen ein BP- oder HFP-Abschluss nicht direkt zu einer monetären Bildungsrendite führt (Bsp. Bäuerinnen), ist der Anreiz, eine Schlussprüfung zu machen nicht immer gleich hoch. Für das Weiterkommen im Betrieb oder im Privaten haben sie aber trotzdem sehr viel gelernt. Diese Teilnehmenden würden ohne Begleitmassnahmen (durch Bund, Kantone oder Anbieter) aus dem System fallen und anderweitig höhere Kosten verursachen.
- Im Berufsfeld werden die Vorbereitungskurse für die BP und die HFP durch viele kantonale Anbieter mit teilweise kleinen Teilnehmerzahlen durchgeführt. Es muss sichergestellt werden, dass die **interkantonale Zusammenarbeit** unter den Anbietern weiterhin spielen kann. Dies braucht ein gemeinsames Commitment über die Weiterführung der höheren Berufsbildung im Berufsfeld Landwirtschaft. Da an jedem Zentrum nur eine kleinere Anzahl Teilnehmende weitergebildet wird, ist es sinnvoll, die durchschnittlichen Kurskosten über alle Zentren für jeden Bildungsgang als Basis zu nehmen.
- **Unbürokratische Umsetzung gefragt:** Neben den in der Vernehmlassung anstehenden Gesetzesänderungen ist auch bereits der Vollzug des neuen Finanzierungssystems vertieft zu diskutieren. Hier geht es darum, für die Prüfungsträger, die Teilnehmenden und die Anbieter praktikable und unbürokratische Mechanismen zu etablieren. **Der Einbezug der Prüfungsträgerschaften ist grundsätzlich zu begrüßen.** Sie verfügen in allen Berufen über detaillierte Kenntnisse der Prüfungen und deren dazugehörigen vorbereitenden Kurse. Mit dem Einbezug der Prüfungsträgerschaften knüpft man an das bestehende System an und stützt sich auf die bekannten und verankerten Akteure. Wir sind aber **nicht einverstanden**, dass dieser Aufwand nur im Rahmen von 60 Prozent des Aufwandes entschädigt werden soll. Wir fordern hier eine vollumfängliche Entschädigung der Prüfungsträgerschaften für die neuen, zusätzlichen Aufwände.

Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen

Zu den einzelnen Artikeln haben wir folgende Bemerkungen:

Art. 52 Abs. 3 Bst. d

3 Den Rest seines Beitrags leistet der Bund an:

d. Absolventinnen und Absolventen von Kursen die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen vorbereiten (Art. 56a).

einverstanden; keine Bemerkungen

Art. 56a Beiträge an Absolventinnen und Absolventen von vorbereitenden Kursen

1 Der Bund kann an Absolventinnen und Absolventen von Kursen, die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen (Art. 28) vorbereiten, Beiträge leisten.

2 Die Beiträge decken höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kursgebühren.

3 Der Bundesrat legt die Voraussetzungen für die Beitragsberechtigung, den Beitragssatz sowie die anrechenbaren Kursgebühren fest.

4 Das SBFI führt zum Zweck der Kontrolle der Beitragszahlungen und der Erstellung und Auswertung von Statistiken ein Informationssystem.

5 Das SBFI bearbeitet im Informationssystem folgende Daten:

a. Angaben zur Identifikation von Empfängerinnen und Empfängern der Beiträge nach Artikel 56a Absatz 1;

b. Angaben zur Identifikation von Absolventinnen und Absolventen von eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen nach Artikel 28;

c. Versichertennummer gemäss Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung der Personen nach Buchstabe a. und b.;

d. Angaben über den empfangenen Beitrag gemäss Artikel 56a Absatz 1;

e. Angaben über die absolvierten vorbereitenden Kurse;

Vorschlag Art 56a, Absatz 1:

*1 Der Bund **leistet Beiträge** an Absolventinnen und Absolventen von Kursen, die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen (Art. 28) vorbereiten.*

Begründung:

Auf die Kann-Formulierung ist zu verzichten. Der Bundesrat ist aufgefordert, ein unmissverständliches und starkes Commitment für die Berufsbildung abzugeben. Um die höhere Berufsbildung entscheidend zu stärken ist eine Zusatzfinanzierung der Vorkurse von jährlich 100 Millionen Franken zwingend vorzusehen. Nur so kann die in der Bundesverfassung verankerte Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung wirklich erreicht werden.

Vorschlag Art 56a, Absatz 2:

*2 Die Beiträge decken höchstens **60 Prozent** der anrechenbaren Kursgebühren.*

Begründung:

Es gilt zu vermeiden, dass aufgrund des Systemwechsels die Kosten für den Kandidaten höher werden. Insbesondere, wenn sich die Kantone vollständig aus den Vorbereitungskursen herausnehmen sollten, ist unsicher, ob die Kosten nicht steigen und somit die Stärkung der höheren Berufsbildung mehr als nur verpufft.

Vorschlag Art 56a, Absatz 3:

Der Bundesrat legt die Voraussetzungen für die Beitragsberechtigung, den Beitragssatz sowie die anrechenbaren Kursgebühren in enger Absprache mit den Prüfungsträgern und den Bildungsanbietern fest.

Seite 4 | 4

Begründung:

Der Einbezug der Prüfungsträgerschaften ist grundsätzlich zu prüfen. Sie verfügen in allen Berufen über detaillierte Kenntnisse der Prüfungen und deren dazugehörigen vorbereitenden Kurse. Mit dem Einbezug der Prüfungsträgerschaften knüpft man an das bestehende System an und stützt sich auf die bekannten und verankerten Akteure.

Absätze 4,5 und 6

keine Bemerkungen.

Art. 59

Keine Bemerkungen

Schlussbemerkungen

Aus Sicht der Landwirtschaft begrüssen wir die Stossrichtung mit der Stärkung der höheren Berufsbildung. Die Subjektfinanzierung und die gleichen langen Spiesse für die Bereiche Tertiär A und B überzeugen. Besonders wichtig ist uns, dass auch weiterhin der Besuch von Vorbereitungskursen als Weiterbildung zu angemessenen Kosten möglich ist und dass die interkantonale Zusammenarbeit der Bildungsanbieter im Berufsfeld Landwirtschaft nicht behindert wird.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Markus Ritter
Präsident



Jacques Bourgeois
Direktor